

Das Soziale neu denken

„Was einfach ist, ist falsch, was komplex ist, ist nicht brauchbar“, um es mit Paul Valery zu sagen. Im Blick auf die heftigen politischen Diskussionen zur Umgestaltung der sozialen Landschaft, auf die „sozialen Kahlschläge“ und den „Umbau des Sozialstaates“ sollte alles zum Verstehen so leicht wie möglich kommentiert werden, aber kein bisschen mehr. Was ist denn eigentlich passiert? Warum braucht Deutschland einen „radikalen Umbau“ des Sozialstaates, wie es auch die katholischen Bischöfe fordern?

Zu den Aufgaben des Sozialstaates gehört vieles:

- der Schutz der sozialen Sicherheit des einzelnen bei Alter, Invalidität, Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit,
- die Gesundheitsfürsorge und der soziale Wohnungsbau,
- der Versuch zum Ausgleich unterschiedlicher Startchancen im staatlichen Erziehungs- und Bildungswesen,
- und auch die Regulierung des Arbeitsmarktes samt den Maßnahmen zum Schutz für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Ein stark ausgebauter Sozialstaat hat sicherlich die Tendenz zur Angleichung der Lebensverhältnisse, zu einer gewissen Zentralisierung und Uniformität. Dafür sorgen die sozialstaatlichen Prinzipien: Versicherungs-, Solidaritäts-, Sozialversicherungs-, Sozialhilfe- und Lebensstandardprinzip.

Viele Wissenschaftler sprechen heute, wenn sie an die sozialen Strukturen unseres Landes denken, vom „Modell Deutschland“, das überholt sei. Und sie nennen dafür Gründe wie diese:

- 1) Das auf Arbeit basierende Sozialsystem steckt in der Krise, da es nahezu ausschließlich von abhängig Beschäftigten und ihren Arbeitgebern finanziert wird und folglich mit steigenden Beiträgen die Arbeit immer teurer wird. Damit klettern die Bruttolöhne auf eine Höhe, die für immer weniger Unternehmer tragbar ist; dies aber führt zu steigender Arbeitslosigkeit und – da schließt sich der Kreis – zu weiter steigenden Beiträgen.
- 2) Der demografische Wandel gipfelt in einer „Vergreisung“ Deutschlands und belastet das bestehende Sozialsystem durch immer weiter zunehmende Kosten für Renten-, Pflege- und Krankenversicherung.
- 3) „Standort D“ muss entschlackt werden, da die Konkurrenz im Weltmarkt die bisherige Position gefährdet. Die ökonomisch-technologische Entwicklung unseres Landes hält mit dem Weltmaßstab nicht mehr mit und macht Deutschland zum Dinosaurier.

Wahr ist: Alle genannten Gründe belasten direkt oder indirekt die öffentlichen Haushalte, da diese nach den Sozialstaatsprinzipien kompensierend einspringen müssen. Unabhängig davon gibt es endogene Gründe, die im öffentlichen Sektor „hausgemacht“ zu einer weiteren Verschärfung der Probleme führen: Wahlkämpfe werden häufig mit sozialstaatlichen Gefälligkeiten und Versprechungen geführt, organisierte Interessengruppen blockieren längst fällige Entwicklungen und die Eigendynamik der Bürokratie behindert die Finanzierbarkeit des Sozialstaates zusätzlich.

Alles zusammen genommen gibt es auf dem sozialen Feld hauptsächlich zwei große Problembereiche:

- Der öffentliche und der private Leistungsbereich harmonieren nicht, was sich an einer Staatsquote von fast 50% in Deutschland zeigt und im internationalen Vergleich als zu hoch bewertet wird.
- Wirtschaftliches Wachstum in Deutschland und internationale Globalisierungstendenzen verlaufen zeitversetzt zu Ungunsten der deutschen Volkswirtschaft. Es entstehen keine neuen Arbeitsplätze und die Beschäftigungsfrage schleppt sich fort mit den bekannten oben beschriebenen negativen Folgen.

Die Deutsche Bischofskonferenz hat im Dezember 2003 unter dem Titel „Das Soziale neu denken“ die Notwendigkeit der Reformen betont. Dabei wiesen die Bischöfe auf das Ungleichgewicht zwischen den gut und den schlecht organisierten Interessen im politischen Prozess hin; in anderen Passagen beschrieben sie die bestehende Diskrepanz zwischen den gegenwärtig lautstark erhobenen Forderungen und den zukünftigen Problemen, die noch gar nicht richtig erfasst sind.

Von all diesen Problemen und Umbrüchen ist auch der Diözesancaritasverband in der Diözese Augsburg massiv betroffen. Für uns gilt es, die Forderung der Subsidiarität ernst zu nehmen und gleichzeitig darauf zu achten, dass die Solidarität unter den Menschen der gegenwärtigen Gesellschaft wieder gestärkt wird. Dabei können und dürfen wir nicht nur vom Vergangenen träumen. Veränderte Umstände erfordern auch einen veränderten Blick in die Zukunft! Für uns heißt es, Maß zu nehmen an den christlichen Grundwerten: sie aufzugeben würde bedeuten, uns selbst aufzugeben! Dazu gehört, dass wir die Ängste und konkreten Nöte, die sich bei dieser Umwandlung auch für unsere eigenen Mitarbeiter/innen ergeben, wahrnehmen und sie so weit nur irgend möglich abfedern. Trotzdem werden wir Veränderungen nicht vermeiden können, wenn wir unter neuen Bedingungen bestehen wollen.

Wir haben mit der außerordentlichen Mitarbeiterversammlung vom 13.11.2003 einen ersten Schritt zum innerorganisatorischen Umbau getan. Zur Zeit gibt es zahlreiche Abstimmungen auf verschiedenen Ebenen. Auch im politischen Umfeld werden die Positionen deutlicher, Briefe und Gespräche ermöglichen zwischen dem Diözesancaritasverband Augsburg und den politischen Mandatsträgern einen Austausch. Dabei geht es weniger darum, Schlagzeilen in den Medien zu erzeugen als vielmehr im konstruktiven Dialog Räume zu öffnen für das sozial Neue und Innovative. Eines aber bleibt: Der Diözesancaritasverband wird auch in Zukunft ein Sprachrohr sein für diejenigen, die ohne ausreichende Interessenvertretung zu den sozial Schwachen unserer Gesellschaft gehören.

Domkapitular Monsignore Peter C. Manz
Diözesancaritasdirektor